



Wir - die echten Europäer

Europäische Reform Partei (ERP)

Parti Réformiste Européen (PRE) · Partito Riformista Europeo (PRE)

Postfach · CH-8600 Dübendorf · Tel. +41 (0)44 361 53 40 · rps-ch@bluewin.ch · www.rps-ch.ch

Stellungnahme

- Der Schweizer Franken und die Eurokrise -

Viele Schweizer Bürger und Bürgerinnen wännen sich immer noch in Sicherheit und meinen, es sei für sie vorteilhaft, von der EU und vom Euro-Raum abseits zu stehen. Jüngste Zahlen zeigen, dass sich alleine durch die Währungsverschiebung die Differenz der Lebenshaltungskosten zwischen der Schweiz und dem Euro-Raum in kurzer Zeit von 14% auf 28% verdoppelt hat. Die Stärke des Schweizer Frankens hat also durch die günstigeren Importe keines Falls zu günstigeren Gütern hier zu Lande geführt.

Der Franken - ein Mythos

Die kleine Geldmenge des Frankens – bedingt durch die geringe Grösse der Volkswirtschaft - führt dazu, dass die Währung zum Spielball der globalen Finanzmärkte geworden ist und oft als vermeintlich sicherer Hafen für Spekulanten zu dienen hat. Die Zeche bezahlen hier zu Lande Herr und Frau Schweizer, was nur durch den Mythos des Schweizer Frankens zu erklären ist und etwa mit der Bedeutung Wilhelm Tells hier zu Lande verglichen werden kann. Durch die starke Überbewertung des Frankens ist die Wettbewerbsfähigkeit der Exportindustrie und des Tourismus erheblich bedroht. Zudem hat die Schweizerische Nationalbank (SNB) innerhalb weniger Wochen gegen CHF 10 Mrd. durch Währungsinterventionen am Devisenmarkt verloren. Dabei ist es grotesk, dass gerade Schweizer Grossbanken von der Liquiditätsspritze profitierten, einen grossen Teil der zusätzlichen Geldliquidität für sich beanspruchten und ausserdem noch gegen die eigene Währung spekuliert haben und damit happige Gewinne eingefahren haben. Die SNB hat mit ihren gewaltigen Deviseninterventionen ein erhebliches Inflationspotenzial aufgebaut, deren Auswirkungen noch nicht absehbar.

Ängste gehen um im Lande

Unter Experten, Industrievertretern und Tourismusfachleute hat die Eurokrise Ängste neu erweckt, die in der Schweiz schon vor der Einführung der Gemeinschaftswährung sowohl bei der Nationalbank, wie in der Politik zu intensiven Debatten geführt haben. Die Sorge galt damals schon einer Krise der neuen Währung, die zu einer dramatischen Aufwertung des Frankens gegenüber dem Euro führen könnte, zumindest jedoch zu starken Ausschlägen bei den Wechselkursen.

Drei Strategien wurden ins Auge gefasst, um der Währungsaufwertung zu begegnen: Eine fixe Anbindung des Frankens an den Euro, eine Zufuhrbeschränkung für ausländische Kapitalströme zum Beispiel durch Strafzinsen (Negativzinsen) und eine Lockerung der Geldpolitik. Die letztere strategische Möglichkeit ist bereits ausgeschöpft worden. Das Zinsniveau ist auf einem historischen Tief und kann nicht mehr weiter gesenkt werden. Eine Politik der Zufuhrbeschränkung wurde schon aus ordnungspolitischen Gründen verworfen. Mit vorgehaltener Hand wurde die kaum je existierte unabhängige Geldpolitik der SNB aufgegeben und versucht, den Schweizer Franken an den Euro zu binden. Dies ist jedoch nicht gelungen. Vielmehr wurde das letzte Pulver verschossen und die SNB muss nun tatenlos dem unberechenbaren Spiel der globalen Finanzmärkte zuschauen, wie der Wert schwankt und die Volatilität des Frankens zunimmt.

Es droht die Inflation

Langfristig droht durch die Deviseneingriffe Inflation. Ein Teufelskreis würde beginnen. Jetzt schon betragen die Anlagen der SNB in Euro fast 65 Prozent der gesamten Schweizer Währungsreserven. Das sei nicht unproblematisch. Das grösste Risiko für die Nationalbank besteht darin, dass sie sehr grosse Eurobestände in ihrem Devisenportfolio hat. Sollte der Euro tatsächlich über längere Zeit sehr, sehr schwach sein, dann führt das zu enormen Verlusten im Devisengeschäft der Schweizer Nationalbank."

Wird die Griechenland-Krise dagegen schnell gelöst und gewinnt der Euro gegenüber dem Franken wieder an Wert, dann kann die SNB ihre massiven Eurobestände mit Gewinn verkaufen. Auf dieses Szenario hofft man natürlich bei der SNB. Offene Kritik am Krisenmanagement in der EU und des IWF wurde bislang von Schweizer Seite zu Recht nicht geäussert, denn die Schweiz ist über ihre Mitgliedschaft im IWF faktisch an der Griechenlandhilfe beteiligt.

Die Schweiz - hoffentlich kein Fall „Island“

Wer die ökonomische Vergangenheit und aktuellen Verhältnisse kennt, weiss, dass der Euro gerade für kleine offene und verletzte Volkswirtschaften wie die Schweiz ein bedeutender Schutzschild wäre. Island erlebt zur Zeit als Folge seines Abseitsstehens die grösste Krise seiner Geschichte. Erst jetzt denken die Isländer und Isländerinnen - leider zu spät - langsam um und stehen in EU-Beitrittsverhandlungen. Für die Schweiz bleibt nur zu hoffen, dass sie aus diesem Fall etwas lernt und es nicht soweit kommen lassen wird.

Schwarzsee, 8. August 2010